

Innenminister Dr. Fritz Behrens: Nordrhein-Westfalen ist auf einem guten Weg

## Der Kampf gegen die Korruption in den Amtsstuben wird fortgesetzt

**Neuss.** Das Innenministerium hat der Korruption in den nordrhein-westfälischen Amtsstuben den Kampf angesagt. Erfolge konnten bereits verzeichnet werden – doch Verbesserungen sind noch notwendig, erklärte Innenminister Fritz Behrens.

„Wir sind in der Korruptionsbekämpfung in Nordrhein-Westfalen auf dem richtigen Weg“, bekräftigte Behrens in Düsseldorf. Der jüngste Jahresbericht der Innenrevisionen des Ministeriums und der Bezirksregierungen für das Jahr 2002 zeige, dass bei Behrschäftigten und Vorgesetzten das Verständnis für Korruptionsvorbeugung gestiegen sei. „Der Bericht zeigt aber auch, dass es noch einiges zu verbessern gibt. Wir dürfen und wir werden deshalb im Kampf gegen Korruption nicht nachlassen“, betonte der Innenminister mit Nachdruck.

„Es geht vor allem darum, interne Abläufe, die zu korruptem Verhalten verleiten können, aufzuzeigen und so zu vermeiden“, erklärte Behrens das weitere Vorgehen seiner Behörde. „Ein Vergleich mit den Berichten der Vorjahre zeigt, dass die Sensibilität bei allen Beschäftigten hier spürbar wächst.“ Behrens betonte weiter: „Mit dieser Prüfung bis in die einzelnen Amtsstuben ist Nordrhein-Westfalen

in der Korruptionsbekämpfung bundesweit Vorreiter. Die jährlichen Berichte sind ein hilfreiches Instrument für alle, die der Korruption vorbeugen wollen. Wir werden diese Berichte fortsetzen.“

Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen sehen die Prüfer nach wie vor Verbesserungsbedarf. „Hier muss in Zukunft noch mehr Wettbewerb in den Auswahlverfahren stattfinden“,

### Aufgaben trennen

betonte Fritz Behrens. „Auch die Aufgabentrennung muss noch konkreter vorgenommen werden: Planung, Vergabe und Abrechnung eines Auftrags dürfen nicht von ein und derselben Person bearbeitet werden.“

Die Revisoren stellten oft mangelnde Transparenz und Vollständigkeit bei Dokumentationen fest. So seien Entscheidungprozesse im Nachhinein schlecht nachvollziehbar. „Die Mitarbeiter müssen in ihren eigenen Interessen auf Transparenz bei ihrer Arbeit achten“, forderte der Minister. „Wer für andere nachvollziehbar arbeitet, der gerät nicht in den Verdacht, korrupt zu sein.“ Im vergangenen Jahr wurden besonders die so genannten Alleinzuständigkeiten abgebaut. Stattdessen setzen

Vorgesetzte stärker auf Aufgabentrennung. In vielen korruptionsanfälligen Bereichen wurde zudem die regelmäßige Personalrotation eingeführt oder wird in zukünftigen Personalentwicklungskonzepten berücksichtigt. „Durch das Rotationssystem wird der Abbau eines Beziehungsnetzwerks verhindert“, erläuterte der Innenminister. Auf insgesamt 24 Seiten dokumentieren die Innenrevisoren im Geschäftsbereich des Innenministeriums in diesem Jahr die Ergebnisse ihrer Prüfung in verschiedenen Behörden des Landes. Sie kontrollieren unter anderem, ob die maßgebenden Gesetze, Vorschriften und Weisungen in korruptionsgefährdeten Bereichen eingehalten wurden. Sie prüfen außerdem, ob Schwachstellen in den Organisationen bestehen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat Behrens indes Versäumnisse im Kampf gegen die Korruption vorgeworfen. Nachdem die Innenrevision schwere Mängel etwa bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch Landesbehörden beflagelt hat, sagte Unionssprecher Peter Bienenbach: „In den Behörden des Innenministeriums grassiert die Korruption. Solange Behrens den Gesetzentwurf der CDU zur Korruptionsbekämpfung ablehnt, bleibt er unglaubwürdig.“

Referat vor der KPV

## Rederecht auf Parteitag

**Neuss.** Ein Antrags- und Rederecht auf Kreisparteitagen für alle CDU-Mitglieder – wie auch in einem Beschluss des CDU-Bundesvorstandes für die Zukunft vorgesehen – forderte der Rechtsanwalt Oliver Gehe in einem Referat zum Thema „Innerparteiliche Demokratie“, das er vor der kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) hielt. Für ihn ist „es völlig unverständlich, dass die Mitgliedsrechte hier in Neuss willkürlich beschmitten werden“, sagte er vor der Versammlung. Außerdem sollen dem Neusser CDU-Parteivorstand künftig nur durch Mitglieder gewählte Personen angehören, wobei KPV-Vorstandsmitglied Gertrud Hilgers konstatierte: „Ein auf mehr als 40 Personen aufgeblähter CDU-Vorstand ist nicht mehr arbeits- und handlungsfähig.“ KPV-Vorstand Marco Rath fasste die Diskussion über innerparteiliche Demokratie mit folgenden Worten zusammen: „Wir müssen die Entscheidungen wieder stärker zu den Mitgliedern zurückholen.“